

Die Umschau

auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens.

Erscheint wöchentlich.

Preis
vierteljährlich 1,75 M., Welt-
postverein 2 M.

Zuschriften
an die Redaktion sind zu adressiren:
Berlin-Rixdorf, Berlinerstr. 42

Bestellungen und Geldsendungen sind
nur an die Expedition Berlin S.W.
zu richten.

Man abonniert bei allen Buchhandlungen
und Post-Anstalten, sowie bei den Ex-
peditionen in Berlin und Hamburg.

Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.

**Offizielles Organ des Verbandes deutscher technischer
Zoll- und Steuer-Beamten.**

Herausgegeben von **Steuerrath a. D. A. Schneider**
unter Mitwirkung bewährter Fachmänner.

Anzeigen

kosten 15 Pf. die 4 gespaltene
Petitzelle oder deren Raum.
Bei Wiederholungen
billiger.

Expeditionen:

Berlin SW., Fagelsbergerstr. 32,
Hamburg, Speersort 15,
(Herold'sche Buchhandlung).

Verlag von

Eugen Schneider, Berlin.

➡ Nachdruck unserer Artikel ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet. ➡

Nr. 41.

Berlin und Hamburg, den 3. November 1898.

17. Jahrgang.

Inhalt: Die Sozialdemokratie im Beamtenthum (S. 321.) Umwandlung der Einnehmerstellen Ia in Ober-Kontroleurstellen (S. 322.) **Zoll- und Steuer-Technisches**, Zölle: Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten (S. 323.) Zuckersteuer. Zur Zuckerprämiensfrage (S. 323.) Brauntweinsteiner: Erhöhung der Brennsteuervergütung (S. 323.) Steuerung an Destillir-Apparaten (S. 323.) Der neue Kontingentfuß (S. 324.) Neues Vottgrührwerk (S. 324.) **Personalia** (S. 324.) **Verschiedenes** (S. 324.) Briefkasten (S. 324.) **Verbandsnachrichten** (S. 325.) **Anzeigen** (S. 327.)

In einem Artikel der konservativen „**Grenzboten**“ betitelt:

Die Sozialdemokratie im Beamtenthum

sind so viele, mit den unsrigen übereinstimmende Anschauungen ausgesprochen, daß wir es nicht unterlassen können, dieselben im Auszuge zum Abdruck zu bringen:

2c. „Aber, wie gesagt, die Repression mit Verbieten und Gebieten. Verfolgen und Strafen ist überhaupt die Nebensache. Allein kann sie nichts nützen, sondern wird viel eher nur Schaden. Sie hat noch weniger zu bedeuten, als die Peitsche für den tüchtigen Reiter eines edlen Pferdes. Es kommt alles darauf an, daß durch weise, maßvolle und wohlwollende Behandlung die Herzen der Beamten — von Kopf und Verstand ist dabei überhaupt kaum die Rede — widerstandsfähig gemacht werden gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie, daß die Umstände beseitigt werden, die Unzufriedenheit und Unmuth im Beamtenthum erzeugen müssen, ehe diese Irrlehren wirksam werden.

Das wird ja natürlich unseren schneidigen Operateuren als ein sehr abgestandenes, verwittertes Tränklein erscheinen, und die einseitige oder auch berechnete Parteireklame hat zudem das Ihrige gethan, es um seinen Kredit zu bringen. Und doch ist es die unerläßliche Voraussetzung eines siegreichen Kampfes, daß die maßgebenden Stellen und überhaupt alle die, deren Aufgabe dieser Kampf ist, zur vollen Ueberzeugung gelangen: die Behandlung der Beamten entspricht den berechtigten Forderungen nicht mehr, sie bedarf einer durchgreifenden Reform, und diese liegt durchaus in der Macht des Staates und der Behörden. (Hört, Hört!!)

Es wäre ganz falsch, diese Reform etwa auch zu einer besonderen, in die Augen fallenden „Aktion“ zu stempeln, obwohl sie so viel wichtiger ist als alle Repressionsmaßregeln. Aber, wenn man es schon für angebracht hält, den Kampf gegen die Sozialdemokratie durch besondere Erlasse anzukündigen, dann sollte man die vorbeugende Seite der „Aktion“

nicht mit Stillschweigen übergehen, sondern so deutlich, daß jedermann vom Botenmeister bis zum Präsidenten es sich hinter die Ohren schreibt, erklären: Wer seinen Untergebenen nicht nach besten Kräften und mit aufrichtigem Wohlwollen den Dienst und das Leben erträglich zu machen sucht, der fördert die Sozialdemokratie und der ist von heute ab unbrauchbar für den Dienst des Staates und des Kaisers.“ 2c.

2c. „Der Staat kann seinen Beamten nicht Aussicht machen, im Dienst zu Vermögen zu gelangen, wie der Privatmann im Geschäft. Er würde dabei einfach bankrott. Er muß mit einem vermögenslosen Beamtenthum rechnen. Er hat eben deshalb ganz andere Pflichten der Fürsorge für seine Beamten neben der Gehaltszahlung als der Privatunternehmer für seine Angestellten. In Bezug auf behagliche Wohnung, angemessene Erleichterung der Kindererziehung bis zu ihrer eigenen Erwerbsfähigkeit, Fürsorge für Krankheit, Alter, für die Hinterbliebenen werden in nächster Zeit noch große Geldmittel mehr als bisher aufzuwenden sein und aufgewandt werden können. Aber auch hier ist doch in neuerer Zeit viel geschehen, und der eigentliche Grund für die Unzufriedenheit und den Unmuth unseres Beamtenthums ist im Allgemeinen auch nicht auf diesem Gebiete der staatlichen Pflichterfüllung zu suchen. Der Staat selbst begeht den verhängnißvollsten Fehler damit, daß er in ihm d. h. ausschließlich in der Geldfrage, den Hauptgrund der Unzufriedenheit sucht. Man ist eben leider überall in dem Wahn befangen, daß die soziale Frage zu lösen und die Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, einzig und allein durch Geld und Geldeswerth, soweit die Repression nichts hilft. Und weil der Staat im Geldaufwand seiner Pflicht redlich zu genügen bemüht gewesen ist, glauben die Behörden jetzt außer dem Verfolgen und Strafen keine Aufgabe mehr zu haben, sind sie blind und taub gegen den Satz, der das Hauptthema und der Schlusssatz aller Klageslieder der Beamenschaft, um die es sich hier handelt, der mittleren und der niederen ist: Es hilft alles nichts, denn das Wohlwollen fehlt überall! (Hört, Hört!!)